

# Klimaziele eigenen sich nicht für isolierte Lösungen

**Diskussion** „Heubacher Runde“ mit Norbert Barthle und Winfried Mack über Umwelt und Wirtschaft

---

KUNO STAUDENMAIER

**Heubach.** Draußen der Hochsommer, drinnen die Überlegungen, welche Maßnahmen dem Klima besser bekommen: Der Landesverband des Wirtschaftsrats der CDU diskutiert am Montagabend im „Deutschen Kaiser“ in Heubach mit dem Staatssekretär beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Norbert Barthle, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Winfried Mack. Thomas Schneider vom Vorstand des Wirtschaftsrats stellt fest, dass die Politik gerade in weniger sicheren Zeiten klare Positionen beziehen müsse.

Barthle lässt dabei das Klima nicht aus. Deutschland produziere zwei Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Das müsse weniger werden, aber es sei falsch, das isoliert zu sehen. „Wir müssen beim Klima immer weltweit denken“, sagt er. Ehe in Deutschland noch mehr Milliarden für die CO<sub>2</sub>-Reduzierung ausgegeben werden, „sollten wir das Geld in Schwellenländern einsetzen und sie dazu bringen, dass sie unsere Fehler nicht wiederholen“. Weltweit, sagt der Entwicklungs-Staatssekretär, seien 1000 Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau. „Wenn die alle kommen, können wir unser Einsparpotenzial vergessen.“

## Reformen unterstützen

Die Wirtschaftsvertreter interessierten sich vor allem für Norbert Barthles Äußerungen zur Europapolitik, zu den Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf den Markt. Er geht nach den derzeitigen Strömungen davon aus, dass der Brexit kommen wird. Wie er sich auswirken wird, welche Länder besonders davon betroffen würden, sei offen. Schwer verständlich sei auch der zunehmende Nationalismus der östlichen EU-Mitglieder, gleichzeitig das Streben anderer Osteuropäer, in die EU zu kommen. Barthle sieht aber auch im afrikanischen Kontinent eine Wirtschaftskraft wachsen. Längst verbe sein Ministerium dort das Geld nicht nach mehr dem Gießkannenprinzip. Bevorzugt würden inzwischen so genannte Reformpartner-Verbände, die Eigenleistung, Korruptionsbekämpfung und Reformen voranbringen sollen. Damit schaffe der Kontinent im Schnitt 4,7 Prozent Wirtschaftswachstum. In jedem Fall fordere Deutschland vor jeder Förderung die Zusage, dass die betroffenen Länder und Regierungen in berufliche Bildung investieren. Nur dann sei gewährleistet, dass vorhandene Infrastruktureinrichtungen am Leben erhalten werden. Barthle nennt etwa Kläranlagen, die oft nach wenigen Jahren aufgegeben werden, weil geschultes Personal für den Betrieb fehle.

## **Standort Ulm wäre richtig**

Für Winfried Mack geht es jetzt darum, das Erreichte in Baden-Württemberg zu sichern und auszubauen. Dafür gebe das Land fünf Prozent des Sozialprodukts für Forschung und Entwicklung aus, mehr als andere Länder. Heftig kritisiert er die Entscheidung von Bundesministerin Anja Karliczek, die Batterieforschungsfabrik in Münster anzusiedeln. „Dabei wusste jeder, dass Ulm klare Standortvorteile hat.“ Vor allem die industrielle Anbindung sei als Argument untergegangen. Der Landtagsabgeordnete aus Ellwangen nennt in dem Zusammenhang den Batteriebauer Varta.

Interessiert hören die Gäste des Wirtschaftsrats die Überlegungen der CDU-Landtagsfraktion. Das Land hätte im Fall einer Zusage für den Forschungsstandort Ulm 180 Millionen Euro bereitgestellt. Nun werde Baden-Württemberg selbst weitere Forschung auf diesem Sektor betreiben, um den Anschluss nicht zu verlieren. Gleichzeitig warnt er davor, das Auto und die klassische Technologie ganz zu verteufeln. Wenn Köpfe der Industrie Fehler gemacht hätten, sei das kein Grund, die Autoindustrie im Land kaputtzumachen.

Interesse zeigen die Besucher der so genannten „Heubacher Runde“ auch für das Thema der Grundsteuer.